



Die Bundestagswahl ist für die nächsten 4 Jahre Ihre einzige Möglichkeit den Politikern klar zu machen, was Sie von der Rentenpolitik halten.



Die heute dem Bundestag angehörenden Abgeordneten sind mehrheitlich für die heutige Rentenpolitik verantwortlich.

Art. 3 Grundgesetz Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Rentenformel

Rente = E x Z x R x A

Entgeltpunkte mal
Zugangsfaktor mal
Rentenartfaktor mal
Aktueller Rentenwert

Pensionsformel

Pension = 71,75 Prozent des letzten Verdienstes

Rentenanpassungsformel

$aRW_t =$ Rentenerhöhung

$$aRW_t = aRW_{t-1} \cdot \overbrace{\frac{BE_{t-1}}{BE_{t-2}} \cdot \frac{BE_{t-2}}{BE_{t-3}} \cdot \frac{BE_{t-3}}{BE_{t-4}}}}^{\text{Lohnkomponente}} \cdot \overbrace{\frac{100 - AVA_{t-1} - RVB_{t-1}}{100 - AVA_{t-2} - RVB_{t-2}}}^{\text{Riesterfaktor}} \cdot \overbrace{\left(\left(1 - \frac{RQ_{t-1}}{RQ_{t-2}} \right) \cdot \alpha + 1 \right)}^{\text{Nachhaltigkeitsfaktor}}$$

Durchschnittsrente € 1.176.- / Monat

Eigenbeteiligung 9,95%

Arbeitgeberbeteiligung 9,95%

Beitragsleistung ca. 204 Mrd. Euro/Jahr

Krankenversicherung 50%

Kassenpatient

Solidarisch versichert

Beamtete Rentenverwaltung finanziert mit Rentenbeitragsgeldern der Versicherten.

Belastung der Rentenversicherung durch versicherungsfremde Leistungen: 600 Mrd. bis 1 Billion Euro

etc., etc.

Pensionsanpassungsformel

Pensionserhöhung* entsprechend der Besoldungserhöhung der aktiven Beamten.

*Seit kurzem teilweise -0,54%

Durchschnittspension € 3.071.- / Monat*

* Der Steuerzahler B-W / Mai 2009

Keine Eigenbeteiligung

Keine Rücklagen des Staates

Beitragsleistung Null

Krankenversicherung 30% 70% steuerfinanzierte Beihilfe

Privatpatient

Unsolidarisch versichert

Pensionsverwaltung steuerfinanziert

Pensionszahlungen aus öffentlichen Haushalten welche mit 1,6 Billionen verschuldet sind und eine tägliche Zinslast von 100 Mrd. Euro aufbringen müssen

etc., etc.

BRR - AKTUELL

Es ist erschreckend mit welcher Selbstverständlichkeit unsere staatlichen und politischen Eliten ein Zwei-Klassen-Recht bei der Altersvorsorge und Krankenversicherung verinnerlicht haben, das es so in keinem demokratischen Rechtsstaat Europas gibt, das heißt, wie selbstverständlich sie unterschiedliche Rechtsnormen in Anwendung bringen, trotz Grundgesetz und Grundrechten wie Art. 3: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Wo für die berufsständische Versorgung Vertragsrecht, Vertrauensschutz, Rückwirkungsverbot bei Änderungen und Zweckbindung der Beiträge gelten, gilt für Arbeitnehmer und Rentner seit mehr als 30 Jahren die „Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers“. Wo sich die Beamtenversorgung erfolgreich auf das Grundgesetz, die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums und das Beamtenrecht beruft, gilt im Rentenrecht ebenfalls die „Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers“. Die politische Beliebigkeit ist längst zum Rechtsstaatsprinzip für Arbeitnehmer und Rentner geworden, mit der Folge, dass ihre Renten inzwischen durchschnittlich nur noch knapp die Hälfte einer vergleichbaren berufsständischen Versorgung oder einer Pension ausmachen. Und jeder Eingriff in das Rentenrecht trifft die Beitragszahler noch mehr als die Rentner, denn sie erwerben mit ihren Beiträgen nur den Anspruch auf eine spätere Rente, nicht den Anspruch auf eine bestimmte Höhe. Die Beitragszahler erhalten für ihre Rentenbeiträge nur „Entgeltpunkte“ die vom Gesetzgeber beliebig angepasst werden dürfen. Der Anspruch auf Rente wird somit mit jedem Eingriff weiter entwertet.

Während die Renten ständig im Fokus der Öffentlichkeit gehalten werden und jede Rentenerhöhung als Generationenungerecht kommentiert wird, um damit die Generationen gegeneinander auszuspielen, werden die Pensionen aus der öffentlichen Diskussion heraus gehalten. Obwohl diese, unter der gleichen Generationenbetrachtung

Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.

wie bei den Renten nicht nur generationenungerecht sind, sondern einen Generationenbetrug darstellen. Pensionen welche aus überschuldeten öffentlichen Haushalten nicht ohne weitere Schulden bedient werden können, werden den nächsten Generationen übergeben. Somit lassen sich Pensionäre ihre heutigen Pensionen von Generationen bezahlen die noch nicht einmal auf der Welt sind.

Seit Jahrzehnten geht es bei Äußerungen bestimmter Interessensvertreter zum Rentenrecht immer weniger um Informationen, dafür immer mehr um Propaganda mit dem immer gleichen Thema Generationengerechtigkeit ohne Rücksicht auf die Gesamtzusammenhänge. Es ist auffallend, dass zum Thema Rentenrecht sowohl in Print-, Rundfunk- und Fernsehmedien immer nur die gleichen Interessensvertreter zu Wort kommen und immer die gleiche Botschaft senden dürfen. Politisch will man die Renten ganz offensichtlich negativ im Fokus der Öffentlichkeit halten und damit von der Problematik der Finanzierung der Pensionen abzulenken. Dies ist keine Neiddebatte sondern ein unerklärter Rentenkrieg gegen 55 Mio. Bürger unseres Landes. Die sich aus den heutigen Beamtenverhältnissen ergebenden Pensionslasten, nur der Länder, betragen 1,8 Billionen Euro und sind somit größer als die derzeitige gesamte Staatsverschuldung.

Unter diesen Aspekten haben wir die Parteivorsitzenden, Landesvorsitzenden und Bundestagskandidaten in Baden-Württemberg angeschrieben. Das Ergebnis entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Auswertung.

Umfrage-Ergebnis

Am 27 September 2009 können Sie mit Ihrer Stimme zur Bundestagswahl den Abgeordneten zeigen, was Sie von der bisherigen Rentenpolitik halten. Danach wird man sich wieder 4 Jahre lang nicht um Ihre Meinung und schon gar nicht um Ihre Bedürfnisse als Rentenbeitragszahler, Rentnerinnen oder Rentner kümmern.

BRR und **ADG** haben in einer Gemeinschaftsaktion alle Bundestagskandidaten in Bayern und Baden-Württemberg, allen Landesvorsitzenden und allen Parteivorsitzenden von CDU, SPD, Grüne, FDP und Die Linke folgende Fragen gestellt:

Frage 1

Setzen Sie sich dafür ein, dass allgemein sozialpolitisch gerechtfertigte Leistungen nicht versicherungsfremd über die Rentenversicherung abgewickelt werden, sondern aus einem Sozialetat. Dieser wird finanziert von der Allgemeinheit der Steuerzahler und somit geht die Unterdeckung von Leistungen und Steuerzuschüssen nicht einseitig zu Lasten der Rentenversicherung. Im Gegenzug können die Bundeszuschüsse für diese Leistungen entfallen.

Frage 2.

*Setzen Sie sich dafür ein, dass in einer Bürgerversicherung **ALLE** Bürger und **ALLE** Einkommen, **ohne** Beitragsbemessungsgrenze, Ihren Solidaranteil in die Gesellschaft einbringen und dadurch die Beiträge für **ALLE** sinken könnten?*

Beantwortet werden können die Fragen mit:

1. ja
2. nein
3. Bereitschaft mit BRR/ADG zu sprechen oder
4. der Fragebogen bleibt unbeantwortet

Die Bewertung der Kandidatin/Kandidaten erfolgt unabhängig der Parteizugehörigkeit, bezieht sich ausschließlich auf die Beantwortung der beiden Fragen und der daraus von uns abgeleiteten rentenpolitischen Einstellung des Kandidaten im Allgemeinen.

Somit sind Kandidatinnen/Kandidaten

1. wählbar wenn beide Fragen mit ja beantwortet werden
2. bedingt wählbar, wenn Sie bereit sind nach der Wahl mit BRR/ADG über die Problematik der beiden gestellten Fragen zu sprechen.
3. nicht wählbar, wenn eine oder beide Fragen mit nein beantwortet wurde.
4. nicht wählbar, wenn die Fragen nicht beantwortet wurden.

Entnehmen Sie bitte das Ergebnis der Umfrage den nachfolgenden Auswertungslisten.

Zusammenfassung Umfrage-Ergebnis

Der Wahlkreiskandidaten in Baden-Württemberg Als
Hilfe zur Wahlentscheidung für die Bundestagswahl 2009

Fragen (Kurzform):

1. Setzen Sie sich dafür ein, dass die „versicherungsfremde Leistungen“ aus der Rentenversicherung ausgegliedert werden?
2. Setzen Sie sich für eine Bürgerversicherung ein, in der ALLE ihren Solidaranteil in die Gesellschaft einbringen?

Die Beantwortung beider Fragen mit „ja“ zeigt das Partei-Interesse an der Rentengerechtigkeit.

Aussagen der Bundestagskandidaten in Baden –Württemberg welche beide Fragen mit Ja beantwortet haben (in Prozent)



